

öffentliche N I E D E R S C H R I F T
VERTEILER:3.3.2

| | |
|---|-----------------------|
| Körperschaft : Stadt Norderstedt | |
| Gremium : Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr, SUV/072/IX | |
| Sitzung am : 06.09.2007 | |
| Sitzungsort : Sitzungsraum 2 Rathausallee 50, 22846 Norderstedt | |
| Sitzungsbeginn : 18:15 n | Sitzungsende : |

Öffentliche Sitzung
Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

| | | |
|--|--------|-------------------------|
| Genehmigt und wie folgt unterschrieben: | | |
| Vorsitzende/r | : gez. | Jürgen Lange |
| Schriftführer/in | : gez. | Reinhard Kremer-Cymbala |

TEILNEHMERVERZEICHNIS

| | |
|---------------|--|
| Körperschaft | : Stadt Norderstedt |
| Gremium | : Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr |
| Sitzungsdatum | : 06.09.2007 |

Sitzungsteilnehmer

Teilnehmer

Behr, Peter
Krogmann, Marlis

Verwaltung

Stadtvertreter

Bartelt, Monika
Bosse, Thomas
Brüning, Herbert
Dreger, Klaus
Drews, Rüdiger
Kremer-Cymbala, Reinhard
Kröska, Mario
Küchler, Karl-Heinz
Möller, Jörg
Quiel, Sabine
Rauch, Marita
Sandhof, Martin
Schröter, Reiner
Seevaldt, Wolfgang
Sievers, Bernd
Takla-Zehrfeld, Claudia
Thormählen, Torsten

Teilnehmer

Döscher, Günther
Engel, Uwe
Eßler, Hans-Günther
Hahn, Sybille
Nötzel, Wolfgang
Plaschnick, Maren
Roeske, Ernst-Jürgen
Senckel, Karl Heinrich
Wagner, Alfred L.
Wiersbitzki, Heinz

Vorsitz

für Herrn Paschen bis 21.21 Uhr
für Herrn Scharf

Lange, Jürgen

Entschuldigt fehlten
Teilnehmer

Berg, Arne - Michael
Paschen, Herbert
Scharf, Hans

Sonstige Teilnehmer

4
VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE

| | |
|---------------|--|
| Körperschaft | : Stadt Norderstedt |
| Gremium | : Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr |
| Sitzungsdatum | : 06.09.2007 |

Öffentliche Sitzung

TOP 1 :

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 :

Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung

TOP 3 :

Einwohnerfragestunde

TOP 3.1 :

Einwohnerfrage der Anwohner Oadby-and-Wigston-Straße

TOP 4 : M 07/0317

Halbjahresbericht 1.2007 des Fachbereiches Planung (601)

TOP 5 : M 07/0313

Halbjahresbericht 1.2007 des Fachbereiches Umwelt

TOP 6 : M 07/0297

Halbjahresbericht 1.2007 des Amtes 60 (FB 603 und 604)

TOP 7 : M 07/0307

Bericht des Fachbereichs Bauaufsicht für das 1. Halbjahr 2007

TOP 8 : M 07/0310

Halbjahresbericht 1.2007 des Betriebsamtes (Amt 70)

TOP 9 : B 07/0226

2. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung der Stadt Norderstedt über die Sondernutzung an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten

TOP 10 : M 07/0288

Betriebswirtschaftliche Ergebnisse des Jahres 2006 für die kostenrechnenden Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Bestattungswesen des Betriebsamtes

TOP 11 : B 07/0291

**Bestattungswesen;
hier: Erlass einer 4. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Norderstedt**

TOP 12 : B 07/0292

Bestattungswesen;

hier: Gebührenbedarfsberechnung 2008

TOP 13 : M 07/0309

Bestattungen; hier: Moslemische Bestattungen in Norderstedt

TOP 14 : B 07/0290

Abwasserbeseitigung

hier: Gebührenbedarfsberechnung 2008

TOP 15 : B 07/0287

Haushalt 2008/2009; Stellenplan und Teilbudget des Amtes 60

TOP 16 : B 07/0303

Haushalt 2008/2009

Stellenplan und Teilbudgets des Betriebsamtes

(Budget Amt 70: Teilbudgets 7001 Fachbereichsoverhead, 7002

Grünflächenunterhaltung,

7003 Verkehrsflächenunterhaltung, 7004 Regenwasserkanäle sowie Budget 9300

Abwasserbeseitigung; Budget 9700 Straßenreinigung)

TOP 17 : B 07/0327

**Projekt "Holsteins Herz" - Beteiligung an der Kofinanzierung des
Regionsmanagements von Holsteins Herz e. V. - Grundsatzbeschluss**

TOP 18 : M 07/0295

Bauleitplanung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg

hier: 2. Änderung und Ergänzung Flächennutzungsplan (Beckershof)

Strukturplan Beckershof

hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (Nachbargemeinden) nach § 4 Abs. 2

BauGB bzw. Unterrichtung über die öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)

TOP 19 :

Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP 19.1 M 07/0278

:

**ÖPNV-Angebot in der Stadt Norderstedt; Finanzierungsvereinbarung zwischen der
Stadt Norderstedt und dem Kreis Segeberg;**

hier: Veränderungen in der bisherigen Finanzierungspraxis

TOP 19.2 M 07/0348

:

Autobahnanschluss,

**Unterschriftenliste der Bürgerinitiative gegen Autobahnanschluss Norderstedt-Mitte
vom 30.03.2004**

TOP 19.3 M 07/0273

:

**Ausbau der Kreuzung Ulzburger Straße/Alter Kirchenweg; seniorenerechte
Fußgängerquerung;**

hier: Prüfauftrag vom 05.07.2007, TOP 4, A07/0261

TOP 19.4 M 07/0274

:

Ausbau des Buschberger Weges zwischen Lütt Wittmoor und Am Hange;

hier: Beantwortung der Anfrage von Herrn Reiner Giese am 05.07.2007

TOP 19.5 M 07/0333

:
Berichte und Anfragen

TOP 19.6 M 07/0347

:
**Beantwortung einer Anfrage von Frau Hahn zur Umsetzung von
Ausgleichsmaßnahmen in Norderstedt aus der Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 19.04.2007**

TOP 19.7 M 07/0345

:
**Straßenreinigung
hier: Winterdienst auf Radwegen, Stellungnahme der Rechtsabteilung zur
Mitteilungsvorlage M 07/0127**

TOP 19.8

:
Anfrage von Herrn Behr zu Tempo-30-Zone

TOP 19.9

:
Anfrage von Frau Plaschnick zu den Haushaltsansätzen zum Grünflächenerwerb

TOP

**19.10 :
Erinnerung an Anfragen durch Herrn Engel**

TOP

**19.11 :
Anfrage von Frau Hahn zu aus dem Investitionsprogramm herausgenommenen
Maßnahmen**

Nichtöffentliche Sitzung

**TOP 20 :
Berichte und Anfragen - nichtöffentlich**

TOP 20.1

:
Anfrage von Herrn Döscher zum Garstedter Dreieck

TAGESORDNUNGSPUNKTE

| | |
|---------------|--|
| Körperschaft | : Stadt Norderstedt |
| Gremium | : Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr |
| Sitzungsdatum | : 06.09.2007 |

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit mit 11 Mitgliedern fest.

Herr Lange begrüßt den neuen Dezernenten Herrn Thormählen und wünscht ihm für seine Arbeit alles Gute.

TOP 2: Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Es werden keine Anträge zur Tagesordnung gestellt:

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung: einstimmig

TOP 3: Einwohnerfragestunde

Es werden folgende Fragen von EinwohnerInnen gestellt:

TOP 3.1: Einwohnerfrage der Anwohner Oadby-and-Wigston-Straße

Herr Frank Maske, Louise-Schröder-Stieg 2 und Frau Caren Muth, Louise-Schröder-Stieg 3

Herr Maske und Frau Muth geben eine Unterschriftenliste zum Lärmschutz an der Oadby-and-Wigston-Straße zu Protokoll und verlesen den dazu übergebenen Brief.

Der Brief ist mit die Unterschriftenliste der Niederschrift als Anlage beigefügt werden ebenso als Stellungnahme zum FNP genommen.

TOP 4: M 07/0317
Halbjahresbericht 1.2007 des Fachbereiches Planung (601)

Anliegend erhalten Sie den Halbjahresbericht 1.2007 des Fachbereiches Planung (601) zur Kenntnisnahme.

Herr Bosse und Herr Seevaldt beantworten die Fragen des Ausschusses.

Frau Hahn bittet um einen Sachstandsbericht zu den Ausgleichsflächen der K 113

Frau Hahn bittet um Antwort auf die Frage zu Amt 68, GS Niendorfer Straße, warum dort Parkplätze eingerichtet wurden.

TOP 5: M 07/0313
Halbjahresbericht 1.2007 des Fachbereiches Umwelt

Anliegend wird der Bericht zum 1. Halbjahr 2007 für den Fachbereich Umwelt dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben.

Herr Bosse und Herr Brüning beantworten die Fragen des Ausschusses.

TOP 6: M 07/0297
Halbjahresbericht 1.2007 des Amtes 60 (FB 603 und 604)

Anliegend erhalten Sie den Halbjahresbericht der Fachbereiche 603 und 604 des Amtes 60.

Herr Bosse, Herr Kröska und Herr Möller beantworten die Fragen des Ausschusses..

Der Ausschuss diskutiert mit der Verwaltung über den Bericht

Herr Lange bittet um einen Sachstandsbericht zum Planfeststellungsverfahren Oadby-and-Wigston-Straße.

TOP 7: M 07/0307
Bericht des Fachbereichs Bauaufsicht für das 1. Halbjahr 2007

Hiermit wird der Bericht des Fachbereichs Bauaufsicht für das 1. Halbjahr 2007 dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben.

TOP 8: M 07/0310
Halbjahresbericht 1.2007 des Betriebsamtes (Amt 70)

Der 1. Halbjahresbericht 2007 des Betriebsamtes (701 – Entsorgung und Straßenreinigung 702 – Grünflächen, Straßenbau und Friedhöfe) wird als Anlage zur Kenntnis gegeben.

Herr Thormählen und Herr Sandhof beantworten die Fragen des Ausschusses.

Frau Hahn bittet um einen Sachstandsbericht bezüglich der Reduzierung der Glascontainer unter Berücksichtigung der Verhandlungen mit dem DSD.

TOP 9: B 07/0226
2. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung der Stadt Norderstedt über die Sondernutzung an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten

Herr Döscher beantragt die Einfügung eines neuen Absatzes 3 mit folgendem Wortlaut:

(3) Im Rahmen einer lebhaften Gestaltung des Ortsbildes ist es den gastronomischen Betrieben in den Monaten Mai bis Oktober auf Antrag grundsätzlich und kostenfrei gestattet, im Rahmen der örtlichen Möglichkeiten – vom Amt zu beurteilen – Bewirtungen im öffentlichen Raum zu betreiben.

Die Genehmigung wird jeweils für ein laufendes Kalenderjahr erteilt und ist lediglich im Rahmen des Verwaltungsaufwand gebührenpflichtig.

Der neue Absatz 3, der durch die Vorlage eingefügt werden soll, wird dann der neue Absatz 4.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Herrn Döscher: 2 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen, damit abgelehnt

Herr Bosse und Herr Küchler beantworten die Fragen des Ausschusses.

Frau Plaschnick beantragt, dass aus der Aufzählung der Anlage 1 zu § 1 Abs. 1 die Nummern 15.2, 20.1 und 20.2 gestrichen werden:

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Frau Plaschnick: 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, damit angenommen

Der Ausschuss diskutiert mit der Verwaltung über die Vorlage

Beschluss

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der zur Zeit geltenden Fassung, der §§ 1, 4, 5 und 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) in der zur Zeit geltenden Fassung, des § 26 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein in der zur Zeit geltenden Fassung und des § 9 der Satzung der Stadt Norderstedt über die Sondernutzung an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten sowie die Erstattung von Mehrkosten (Sondernutzungssatzung) in der zur Zeit geltenden Fassung wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung am folgende Nachtragssatzung erlassen:

§ 1

(1) § 5 erhält folgende Überschrift:

Gebührenfreiheit, Ermäßigung, Stundung, Erlass

(2) Im § 5 Abs. 1 Ziff. 2 wird der letzte Halbsatz

"und gesellschaftlichen Gruppierungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts"

gestrichen.

(3) Im § 5 Abs. 1 Ziff. 4. wird das Wort "Fernsprechhäuschen" gestrichen.

(4) Im § 5 wird ein neuer Absatz 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

Die Stadt kann in begründeten Fällen Stundungen/Ratenzahlungen oder Erlass gewähren.

(5) In der Anlage 1 zu § 1 Abs. 1 der Gebührensatzung der Stadt Norderstedt über die Sondernutzung an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten werden die folgenden Tarif-Nr. geändert bzw. neu aufgenommen:

| Tarif Nr. | Art der Sondernutzung | Sondernutzungsgebühren in € | | | | |
|-----------|---|---|-----------|-------------|---------|---------------|
| | | jährlich | monatlich | wöchentlich | täglich | Mindestgebühr |
| 1.5 | Öffentliche Telekommunikationsstellen wie Fernsprechhäuschen, -säulen u.ä. nach einer Rahmengebühr | der Berechnung der Sondernutzungsgebühren werden die für einen einzelnen Standort jeweils erzielten Einnahmen nach Monatsmittel für einen jährlichen Abrechnungszeitraum zugrunde gelegt und mit 0 - 6 % bemessen | | | | |
| 3. | Aufstellen von Tresen, Tischen, Stehtischen und ähnlichen Einrichtungen sowie Sitzgelegenheiten zu gewerblichen Zwecken vor Cafés, Gaststätten, Restaurants, Eisdielen, Imbissständen, Geschäften usw. je m ² beanspruchter Straßenfläche | | 4,00 | | | 25,00 |
| 15.1 | Flohmärkte, Weihnachtsmärkte, Messen und ähnliche Veranstaltungen je m ² beanspruchter Straßenfläche | | | | 0,50 | |
| 16.3 | Abstellen von zugelassenen Fahrzeuganhängern zum Zwecke der Sammlung von Altkleidern, Altschuhen u.ä. je Anhänger | | | 10,00 | | |

§ 2

§1 Absatz 5 Tarif-Nr. 3 tritt rückwirkend zum 01.04.2007 in Kraft;
im übrigen tritt diese Nachtragssatzung am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Norderstedt, den

Abstimmung:

Die Vorlage wurde mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen einstimmig beschlossen.

TOP 10: M 07/0288

Betriebswirtschaftliche Ergebnisse des Jahres 2006 für die kostenrechnenden Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Bestattungswesen des Betriebsamtes

Frau Bartelt beantwortet die Fragen des Ausschusses.

Als Anlage zur Niederschrift wird eine Aufstellung wegen der Erstattung der Personalkosten an das Betriebsamt beigefügt.

TOP 11: B 07/0291

Bestattungswesen;

hier: Erlass einer 4. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Norderstedt

Beschluss

„Die 4. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Norderstedt wird in der Form der Anlage 1 zur Vorlage Nr. B 07/ 0291 beschlossen.“

Abstimmung:

Die Vorlage wurde mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig beschlossen.

TOP 12: B 07/0292

Bestattungswesen;

hier: Gebührenbedarfsberechnung 2008

Herr Sandhof beantwortet die Fragen des Ausschusses.

Der Ausschuss diskutiert über die Vorlage

Beschlussvorschlag

Die Gebühren und Entgelte für die städtischen Friedhöfe bleiben gegenüber 2007 unverändert bestehen. Eine Nachtragssatzung zur Gebührensatzung ist nicht erforderlich.

Abstimmung:

Die Vorlage wurde mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

TOP 13: M 07/0309**Bestattungen; hier: Moslemische Bestattungen in Norderstedt**

Herr Bosse erläutert die Vorlage und beantwortet zusammen mit Herrn Sandhof die Fragen des Ausschusses.

Der Ausschuss diskutiert, auch mit der Verwaltung über die Vorlage.

Herr Döscher beantragt die Vertragung auf die 1. Sitzung im Oktober. Abstimmungsergebnis hierzu: 2 Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen, damit abgelehnt.

Der Niederschrift wird als Anlage zwei Pläne über die Lage der Flächen beigefügt.

Beschluss

Die Herrichtung von zusätzlichen Grabfeldern auf dem im B-Plan 224 Süd ausgewiesenen Friedhofserweiterungsgelände des Friedhofes Friedrichsgabe zum Zwecke, moslemischer Bestattungen durchführen zu können, wird beschlossen.

Mittel in Höhe von 204.000 € sind im Vermögenshaushalt des Haushaltsentwurfes 2008/2009 bei der Haushaltsstelle 75000.960010 bereitzustellen.

Abstimmung:

Die Vorlage wurde mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig beschlossen.

TOP 14: B 07/0290**Abwasserbeseitigung****hier: Gebührenbedarfsberechnung 2008**

Herr Möller beantwortet die Fragen des Ausschusses

Beschluss:

„Die Gebühr von 1,71 € pro cbm Abwasser bleibt in 2008 unverändert bestehen. Eine Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung ist nicht erforderlich.“

Abstimmung:

Die Vorlage wurde mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig beschlossen.

TOP 15: B 07/0287**Haushalt 2008/2009; Stellenplan und Teilbudget des Amtes 60****Vorbemerkungen:**

Da die Mitglieder teilweise die Nachsendung vom 04.09.2007 nicht erhalten haben, erfolgt keine Beratung folgender Fachdienstbudgets (FDB):
Seite 369 bis 372 FDB 6000

Seite 373 bis 376 FDB 6001
 Seite 377 bis 379 FDB 6002
 Seite 381 bis 386 FDB 6003
 Seite 387 bis 392 FDB 6004
 Seite 393 bis 404 FDB 6005

Daher wird auch über die Ziffer 2.1 des Beschlussvorschlages nicht abgestimmt

Ebenso wird eine Beratung über die Investitionsmaßnahmen zu den Einzelplänen 4 und 5, Seite 451 bis 454 nicht durchgeführt.

Eine Beratung und Abstimmung über die unter 2.2 des Beschlussvorschlages aufgeführten Verpflichtungsermächtigungen wird nicht vorgenommen.

Die Beratung wird einvernehmlich auf die nächste Sitzung verschoben.

Beratung:

Stellenplan

Frau Hahn beantragt folgende Änderungen:

Die KW-Vermerke bei den Stellen 602.4 und 602.9 sollen entfallen.

Der Ausschuss diskutiert auch mit der Verwaltung über den Antrag.

Es wird Einzelabstimmung beantragt.

Stelle 602.4, Abstimmung hierzu: 6 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen, damit beschlossen

Stelle 602.9, Abstimmung hierzu: 6 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen, damit beschlossen

Herr Wagner verlässt um 21.21 Uhr die Sitzung

Abstimmungsergebnis zum Stellenplan 10 Ja-Stimmen einstimmig

Fachdienstbudgets 6006, 6007 und 6008, Seite 405 bis 431

Diese werden gemeinsam beraten.

Herr Bosse, Herr Schröter, Herr Sievers beantworten die Fragen des Ausschusses

Antrag der Verwaltung

Die HHSt. 630200.960300 (FDB 6007) soll 2008 in Höhe von 230.000 € in den Vermögenshaushalt eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis hierzu: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen, damit beschlossen

Frau Hahn stellt zur HHSt. 630500.960500 den Antrag, 2008 und 2009 jeweils 20.000 € in den Haushalt einzustellen

Abstimmungsergebnis hierzu: 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, damit abgelehnt

Frau Plaschnick stellt zur HHSt 630800.932000 den Antrag, den 2008 und 2009 den Ansatz auf jeweils 100.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis hierzu: 1 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, damit abgelehnt

Abstimmungsergebnis zu diesen Fachdienstbudgets, 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, damit abgelehnt

Fachdienstbudget 6009, Seite 432 bis 437

Antrag der Verwaltung:

Bei der HHSt 612000.935000 kann der Ansatz auf 0 € gesetzt werden

Abstimmungsergebnis hierzu: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, damit beschlossen

Abstimmungsergebnis zu diesem Fachdienstbudget, 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, damit abgelehnt

Fachdienstbudget 6010, Seite 439 bis 445

Frau Hahn beantragt, bei der HHSt 580000.112000 den Ansatz in den Jahren 2008 und 2009 auf 15.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis hierzu: 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen damit beschlossen.

Abstimmungsergebnis zu diesem Fachdienstbudget, 6 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen 1 Enthaltungen beschlossen

Fachdienstbudget 6011, Seite 447 bis 450

Antrag der Verwaltung zur Haushaltstelle 792000.715220, Erhöhung des Ansatzes 2008 und 2009 auf jeweils 404.000 €

Abstimmungsergebnis hierzu: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, damit beschlossen.

Abstimmungsergebnis zu diesem Fachdienstbudget, 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, damit beschlossen

Investitionsmaßnahmen Einzelplan 1, Seite 451

Abstimmungsergebnis hierzu: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, damit beschlossen

Investitionsmaßnahmen Einzelpläne 6 und 7, Seite 455 bis 465

Unter Berücksichtigung der Abstimmung zu FDB 6006 zur HHSt. 630200.960300 wird der Ansatz vom Jahr 2011 ins Jahr 2008 geschoben.

Frau Hahn stellt den Antrag, den Ansatz der HHSt. 603800.960810 vom Jahr 2012 ff ins Jahr 2010 zu schieben.

Abstimmungsergebnis hierzu: 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, damit abgelehnt.

Herr Lange stellt den Antrag, bei der HHST. 603800.960820 den Ansatz im Jahr 2012 ff auf 0 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis hierzu: 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, damit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zu den Einzelplänen 6 und 7, 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, damit abgelehnt

TOP 16: B 07/0303

Haushalt 2008/2009

Stellenplan und Teilbudgets des Betriebsamtes

(Budget Amt 70: Teilbudgets 7001 Fachbereichsoverhead, 7002

Grünflächenunterhaltung,

7003 Verkehrsflächenunterhaltung, 7004 Regenwasserkanäle sowie Budget 9300

Abwasserbeseitigung; Budget 9700 Straßenreinigung)

Die Beratung wird auf die nächste Sitzung vertagt.

TOP 17: B 07/0327

Projekt "Holsteins Herz" - Beteiligung an der Kofinanzierung des Regionsmanagements von Holsteins Herz e. V. - Grundsatzbeschluss

Beschluss

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr stimmt, wie im Sachverhalt der Vorlage Nr. B 07/0327 dargelegt ist, dem Beitritt zum Holsteins Herz e. V. zu.

Die erforderlichen Haushaltsmittel für den Beitrittsbetrag für das Jahr 2007 in Höhe von ca. 8.419 € werden in der Haushaltstelle 0200.6611 zur Verfügung gestellt. Als Deckungsvorschlag für die überplanmäßige Ausgabe von ca. 6.300 € sind Mittel aus der Haushaltstelle 6130 10000.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die benötigten Mittel für den Zeitraum 2008 - 2013 im Rahmen der kommenden Haushaltsplanung einzuwerben.

Abstimmung:

Die Vorlage wurde mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig beschlossen.

TOP 18: M 07/0295

Bauleitplanung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg

hier: 2. Änderung und Ergänzung Flächennutzungsplan (Beckershof)

Strukturplan Beckershof

hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (Nachbargemeinden) nach § 4 Abs. 2 BauGB bzw. Unterrichtung über die öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)

Beschluss

Die vorliegenden Planungen der Gemeinde Henstedt-Ulzburg werden z. T. erhebliche verkehrliche Auswirkungen auf das Norderstedter Stadtgebiet haben. Diese Mehrbelastungen sind in den bisherigen Planungen der Stadt Norderstedt nicht berücksichtigt. Vor Weiterführung der Planung in Henstedt-Ulzburg ist ein Abgleich der Eingangsdaten aus dem VEP Henstedt-Ulzburgs mit denen des VEP der Stadt Norderstedt vorzunehmen. Dies soll der Koordinierung der Verkehrsplanungen der beiden Stadt- bzw. Gemeindegebiete dienen, um insbesondere erhebliche zusätzliche Belastungen durch Straßenverkehrslärm für die Norderstedter Bevölkerung zu vermeiden. Darüber hinaus wird um eine Konkretisierung der äußeren Erschließung und Angaben zur zeitlichen Umsetzung des Vorhabens gebeten.

Abstimmung:

Die Vorlage wurde mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig beschlossen.

TOP 19:

Berichte und Anfragen - öffentlich

Es werden keine/folgende Berichte gegeben und Anfragen gestellt:

TOP M 07/0278

19.1:

**ÖPNV-Angebot in der Stadt Norderstedt; Finanzierungsvereinbarung zwischen der Stadt Norderstedt und dem Kreis Segeberg;
hier: Veränderungen in der bisherigen Finanzierungspraxis**

Herr Bosse gibt für das Amt 60 den folgenden Bericht:

Ausgangslage / Situation :

Die Bereitstellung und Bestellung gemeinwirtschaftlicher Verkehre im Kreis Segeberg kann nach Maßgabe des Gesetzes über den ÖPNV in Schleswig-Holstein nur durch oder über den Kreis Segeberg erfolgen, da diese Aufgabe in die alleinige Zuständigkeit der Kreise übertragen ist.

Über dieses ausschließlich vom Kreis Segeberg finanzierte (Grundversorgungs-) Angebot hinaus, finanziert die Stadt Norderstedt seit 1997 zusätzliche Betriebsleitungen, um das ÖPNV-Angebot in Norderstedt attraktiver zu gestalten.

Dazu sind in der Vergangenheit verschiedene zusätzliche Maßnahmen (z. B. Verlängerung der Buslinie 378, Neueinrichtung der Buslinien 594 und 494 und Entflechtung und Verdichtung der Buslinien 193 und 195), seinerzeit in der Regel von Herrn Maßmann (VGN / Stadtwerke) ausgearbeitet, politisch beschlossen und dementsprechend beim Kreis Segeberg bestellt worden. Beginnend mit dem 15. November 2001 wurden zusätzliche Angebotsausweitungen, vornehmlich als Taktverdichtungen und Betriebsverlängerungen, vorgenommen (Linien 378, 193, 293, 393, 493, 194, 494, und 195). Schlussendlich wurden Mitte 2006 weitere Verbesserungen des ÖPNV politisch beschlossen und analog der o. g. Vorgehensweise beim Kreis Segeberg zum 1.6.2006 bestellt. Hierzu gehörten die Anbindung der Buslinie 193 an das neue Gewerbegebiet Nordport mit entsprechender Erweiterung der Buslinie 195 und eine Taktverdichtung auf der Buslinie 493 (Glashütte Markt / Norderstedt Mitte).

Für dieses zusätzlich von der Stadt Norderstedt bestellte und über das Grundversorgungsangebot des Kreises hinausgehende Leistungsspektrum wurde eine vertragliche Regelung zwischen Kreis und Stadt abgeschlossen und im städtischen (Verwaltungs-) Haushalt Finanzmittel in einer Höhe von 195 T€ / Jahr zur Verfügung gestellt (eine genaue Auslistung aller aktuellen Maßnahmen ist in der Anlage 1 beigefügt).

Mit Schreiben vom 3.5.2007 teilt der Kreis Segeberg über die SVG (Südholstein Verkehrsgesellschaft mbH) mit, dass sich durch die ÖPNV-Mittelkürzungen vom Bund und Land Veränderungen in der bisherigen ÖPNV-Finanzierungspraxis ergeben, wovon alle o. g. (von der Stadt Norderstedt mitfinanzierten) Buslinien betroffen sind (Schreiben ist in der Anlage 2 dieser Vorlage beigefügt).

Hiernach hat das Land Schleswig-Holstein beschlossen, die Finanzmittel, aus denen bisher 60 % des Defizits im schleswig-holsteinischen HVV – Altgebiet (also auch Norderstedt) finanziert werden, ab dem Jahr 2007 auf das Niveau des Jahres 2005 einzufrieren.

Dieses entspricht einer Absenkung des bisherigen Zuschusses um 8,42 % und wirkt sich dementsprechend auf alle o. g. zusätzlichen ÖPNV Leistungen aus.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass die jüngsten Leistungsausweitungen des Jahres 2006, die 2005 noch nicht Bestandteil der Gesamtfinanzierungsmasse waren, künftig überhaupt

nicht mehr vom Land bezuschusst werden und somit zu 100 % und nicht mehr zu 40 % von der Stadt Norderstedt zu tragen wären.

Nach momentanem Kenntnisstand hat dieser Effekt zur Folge, dass sich der städtische Finanzierungsbeitrag ab 2007 von heute 195 T€ auf zukünftig 404 T€ im Jahr erhöhen wird.

Ferner ergibt sich bereits in diesem Jahr ein erhöhter Finanzierungsbeitrag von insgesamt 288 T€

Die hauptamtliche Verwaltung (Fachbereich Verkehr) hat daraufhin den Kreis Segeberg schriftlich darum gebeten, aufgrund der veränderten und zumindest aus hiesiger Sicht unangemessenen Finanzierungsverhältnisse mit der Stadt Norderstedt in Verhandlungen einzutreten. (Schreiben ist in der Anlage 3 dieser Vorlage beigefügt).

Daraufhin hat auch eine Dienstbesprechung am 20.06.2007 im Rathaus der Stadt Norderstedt mit Herrn Mozer (SVG), Herrn Dr. Westphal (Kreis SE), Herrn Möller und Herrn Kröska (beide Stadt Norderstedt) stattgefunden.

Als Ergebnis dieser Besprechung ist zusammenfassend mitzuteilen, dass sich der Kreis Segeberg nicht an den von der Stadt Norderstedt zusätzlich bestellten Leitungen beteiligen und somit auch keinen Anteil der entfallenden Landeszuschüsse übernehmen wird. Der Kreis Segeberg wird weiterhin (aus Gleichbehandlungsgründen) nur das ÖPNV-Grundversorgungsangebot (z. B. 1-Std.-Takt) zuständigkeitsgemäß finanzieren.

Obwohl sich alle Beteiligten darüber einig waren, dass die von der Stadt Norderstedt zusätzlich angebotenen ÖPNV-Leistungen von den Nutzern gut angenommen werden und daher sinnvoll, attraktiv und zukunftsorientiert sind, konnte der Kreis Segeberg in diesem Fall keine Ausnahmeregelungen zulassen, bzw. lehnte auch zukünftig eine (freiwillige) Kostenbeteiligung definitiv ab (Schreiben ist in der Anlage 4 dieser Vorlage beigefügt).

Fazit :

Die Stadt Norderstedt kann dem Kreis Segeberg nicht vorschreiben, sich an den von der Stadt Norderstedt zusätzlich bestellten ÖPNV-Leistungen zu beteiligen. Auch eine Klage hätte, nach fachinterner Prüfung, wenig bzw. keinen Aussicht auf Erfolg.

Die vom Kreis Segeberg übermittelte Haltung in dieser Angelegenheit und die hieraus resultierende Tatsache, dass die Stadt Norderstedt immer größere Finanzleistungen in eigener Zuständigkeit zu übernehmen hat, entspricht dem aktuell wahrnehmbaren Trend und überrascht die Mitarbeiter/ innen im Fachbereich Verkehr deshalb auch nicht.

Dass der Kreis indirekt auch von dem besonders guten ÖPNV-Angebot der Stadt Norderstedt profitiert, wurde natürlich erwähnt und von Herrn Dr. Westphal (Kreis) auch mündlich bestätigt, führte aber zu keiner Änderung des vorgenannten Standpunktes innerhalb des Kreises.

Nach allem könnte die Kostensteigerung nur reduziert oder vermieden werden, indem einige oder alle o. g. Zusatzleistungen abbestellt würden.

Dieses erscheint aus fachlicher Sicht aber nicht sinnvoll, da gerade infolge des stadteigenen ÖPNV-Angebots die Attraktivität gesteigert werden konnte. Konkret hat sich die Nachfrage durch die Bevölkerung seit 1997 bis heute um 39,2 % gesteigert. Ein Zuwachs in der Nachfrage ist gerade auf den Buslinien Linien zu beobachten, die mittels der o. g. zusätzlichen Angebotleistungen optimiert wurden (Linien : 378, 478, 578, 193, 293, 393, 493, 194, 494, 594 und 195 siehe Anlage 5).

Es wäre zudem den bisherigen Nutzern/ innen schwer oder gar nicht vermittelbar, dass inzwischen traditionelle Taktverdichtungen oder Busverbindungen zukünftig nicht mehr bestünden.

Weiteres Vorgehen :

Die zusätzlichen Mittel, die dieses Jahr in jedem Falle zu zahlen sind, wird der Fachbereich Verkehr deshalb innerhalb seines Budgets (zu Lasten der Straßenunterhaltung) auffangen.

Sollte die Politik in dieser Angelegenheit keine gegenteilige Entscheidung treffen, würde der Fachbereich 604 zudem mittelfristig für die Folgejahre den Ansatz entsprechend erhöht in den Haushalt einwerben.

Schlussendlich ist noch zu erwähnen, dass Herr Mozer von der Südholstein Verkehrsgesellschaft gerne bereit ist, im Ausschuss die Zusammenhänge der Kostensteigerung und auch die bisherige positive Entwicklung im Norderster ÖPNV-Netz ausführlich zu erläutern oder Fragen zu beantworten.

Allerdings ist dadurch keine Änderung der Finanzsituation zu erwarten, sondern lediglich eine detaillierte Erläuterung möglich.

Bei Bedarf der Ausschussmitglieder wird der Fachbereich Verkehr selbstverständlich einen solchen Tagesordnungspunkt im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vorsehen und Herrn Mozer dazubitten.

TOP M 07/0348

19.2:

**Autobahnanschluss,
Unterschriftenliste der Bürgerinitiative gegen Autobahnanschluss Norderstedt-Mitte
vom 30.03.2004**

Herr Bosse gibt für das Amt 60 den folgenden Bericht:

In der öffentlichen Informationsveranstaltung im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Flächennutzungsplanes Norderstedt –FNP 2020- und des Landschaftsplanes – LP 2020 – am 28.08.2007 im Plenarsaal des Rathauses wurde von anwesenden Bürgerinnen und Bürgern vorgebracht, dass die im Jahre 2004 im Rathaus abgegebenen Unterschriftenliste bei der Erstellung des vorgestellten Planentwurfs anscheinend nicht berücksichtigt sei. Auch in der zu Beginn der Veranstaltung vorgestellten Analyse der in der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Themen und deren quantitativer Gewichtung seien diese Unterschriften offensichtlich nicht miteinbezogen.

Die Vertreter der Verwaltung konnten in der Veranstaltung bestätigen, dass die Unterschriftenliste seinerzeit eingegangen sei und dass im Rahmen der Behandlung des Ergebnisses der frühzeitigen Bürgerbeteiligung auch eine Vielzahl von Stellungnahmen gegen den Autobahnanschluss behandelt worden seien. Eine Klärung, ob und in welcher Form die genannte Unterschriftenliste in diesem Verfahren mitbehandelt wurde, wurde von der Verwaltung zugesagt.

Zwischenzeitlich ist von der Verwaltung folgender Sachverhalt recherchiert worden :

Die Unterschriftenliste der Bürgerinitiative gegen Autobahnanschluss Norderstedt-Mitte datiert vom 30.03.2004 und ist am gleichen Tag bei Herrn Bürgermeister Grote abgegeben worden. Das Anschreiben ist in Anlage beigefügt.

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 01.04.2004 hat Herr Bosse unter TOP 13.1 berichtet, dass eine Unterschriftenliste gegen Bau des neuen Autobahn-Anschluss mit ca. 1.600 Unterschriften übergeben wurde.

Die Unterschriftenliste ist als Reaktion auf den Beschluss der Stadtvertretung vom 02.09.2003 zu werten, einen Autobahnanschluss in Höhe Hasloher Weg zu planen (TOP 6).

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 16.06.2005 wurde der Beschluss zu den Vorentwürfen des Flächennutzungsplanes Norderstedt – FNP 2020 - und des Landschaftsplanes – LP 2020 –, zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und zur Durchführung der frühzeitigen Behördenbeteiligung gefasst.

In der Sitzung der Stadtvertretung am 23.08.2005, wurden die Anträge der SPD-Fraktion und der GALiN zu einem Hauptverkehrsstrassennetz ohne Autobahnanschluss mehrheitlich abgelehnt (TOP's 6 und 7).

Im Rahmen der 17.10 bis 18.11.2005 durchgeführten frühzeitigen förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung ging keine Stellungnahme der Bürgerinitiative gegen Autobahnanschluss Norderstedt-Mitte ein. Gleichwohl wurde in einer Vielzahl von Stellungnahmen zum geplanten Autobahnanschluss äußerst kritisch Stellung genommen. In den hierzu in den Stellungnahmen vorgetragenen geäußerten Befürchtungen und Kritik spiegeln sich auch die seinerzeit von der Bürgerinitiative vorgetragenen Argumente. Insofern sind diese inhaltlich in die Behandlung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung nach § 3 I und § 4 I BauGB eingeflossen (Vorlage B 07/0087).

Die nachfolgende Übersicht soll dies verdeutlichen :

1. Viele Straßenzüge in Norderstedt würden mit erheblich mehr Verkehr belastet.

Wurde u. a. in der Tabelle: FNP+LP+VEP – Öffentlichkeitsbeteiligung incl. Emails, Punkte: z.B. 11.2, 12.7, 19, 46.1, 49.6, 83.1, 86, 87.2, 104.1, 113.1, 120.1, 143, 148.2, sowie der Tabelle: LP- TÖB+Behörden , Punkte: 9.10 behandelt

2. Zusätzlich zum bereits gravierenden Ziel- und Quellverkehr in Garstedt würde auch verstärkt Durchgangsverkehr angezogen.

Wurde u. a. in der Tabelle: FNP+LP+VEP – Öffentlichkeitsbeteiligung incl. Emails, Punkte: z.B. 23.1, 27.1 (2.), 46.1, 104.1, 113.1, 120.1, 143, 148.2, sowie in der Tabelle: LP- TÖB+Behörden, Punkte: 9.10 behandelt

3. Das bestehende Naherholungsgebiet erheblich beeinträchtigt wird.

Wurde u. a. in der Tabelle: FNP+LP+VEP – Öffentlichkeitsbeteiligung incl. Emails, Punkte: z.B. 24, 35.3, 44.1, 54, 75.2, 76, 101.4+101.5, 116.1, 148.2, sowie der Tabelle: LP- TÖB+Behörden Punkte: 9.10 behandelt

4. Die Natur und Tierwelt wird zurückgedrängt und seltene Tierarten (z.B. Krötenarten) in ihrer Existenz bedroht.

Wurde u. a. in der Tabelle: FNP+LP+VEP – Öffentlichkeitsbeteiligung incl. Emails, Punkte: z.B. 35.3, 44.1, 75.2, 83.1, 101.4+101.5, 143, sowie der Tabelle: LP- TÖB+Behörden, Punkte: 9.10 behandelt

5. Die mühsam und aufwendig gestalteten Reitwege werden durchschnitten und in großen Teilen unbenutzbar gemacht. (normal trainierte Pferde gehen weder durch dunkle Tunnelanlagen noch über mehrspurige Auto-Schnellstraßen!!!)

Wurde u. a. in der Tabelle: FNP +LP+VEP – Öffentlichkeitsbeteiligung incl. Emails, Punkte: 24, 29 (allgemein Reitwege), sowie der Tabelle: LP- TÖB+Behörden, Punkte: 9.9 behandelt.

6. Der städtische Haushalt wird über die Maßen belastet und dringend benötigtes Geld wird in wichtigen sozialen und kulturellen Bereichen unserer Stadt fehlen.

Wurde u. a. in der Tabelle: FNP +LP+VEP – Öffentlichkeitsbeteiligung incl. Emails, Punkte: 76 (allgemeine Verwendung der Mittel) behandelt.

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 19.04.2007 wurde über die Behandlung des Ergebnisses der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zu den beiden Planwerken beschlossen.

Am 05.07.2007 wurde der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss gefasst; die Auslegung wird in der Zeit vom 08.08.2007 bis zum 07.09.2007 durchgeführt.

In der öffentlichen Informationsveranstaltung im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Flächennutzungsplanes Norderstedt –FNP 2020- und des Landschaftsplanes – LP 2020 – am 28.08.2007 wird von Bürgern auf die im Jahre 2004 im Rathaus abgegebenen Unterschriftenliste in der sich ca. 1.650 Bürger gegen einen Autobahnanschluss aussprechen hingewiesen.

Bewertung des Sachverhalts durch die Verwaltung :

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung ab Oktober 2005 zum FNP war so breit angelegt (einmonatige Offenlage im Erdgeschoss des Rathauses , Durchführung von 4 öffentliche Veranstaltungen in den Ortsteilen, auf die im Vorwege in der Presse und auf der Web-Seite der Stadt hingewiesen wurde, Plakatierung in den Strassen, Internet-Angebot zur Information und Abgabe von Stellungnahmen), dass jedermann auf die Möglichkeit zur Beteiligung intensivst hingewiesen wurde.

Nach den Verfahrensvorschriften des BauGB liegt somit kein Verfahrenfehler vor.

Durch den Hinweis auf die im Jahre 2004 im Rathaus abgegebenen Unterschriftenliste in der öffentlichen Informationsveranstaltung im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Flächennutzungsplanes Norderstedt –FNP 2020- und des Landschaftsplanes – LP 2020 – am 28.08.2007 wertet die Verwaltung das Dokument vom 30.03.2004 als Stellungnahme im Zuge der Offenlage nach § 3 (2) BauGB, das im Rahmen der Behandlung der Stellungnahmen bei der Abwägungsentscheidung zu berücksichtigen ist.

TOP M 07/0273

19.3:

Ausbau der Kreuzung Ulzburger Straße/Alter Kirchenweg; seniorengerechte Fußgängerquerung;

hier: Prüfauftrag vom 05.07.2007, TOP 4, A07/0261

Herr Bosse gibt für das Amt 60 den folgenden Bericht:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr bittet in seiner Sitzung am 05.07.2007 die Verwaltung zu prüfen, ob in die Signalanlage an der Überquerung Ulzburger Straße/Alter Kirchenweg ein Blindensignal integriert, die Absenkung und der Wartebereich verbreitert und die Sekundenschaltung verlängert werden kann.

Ergebnis/Antwort:

Die Kreuzung Ulzburger Straße/Alter Kirchenweg/Rathausallee wird bereits seit Mitte Juni 2007 entsprechend der politisch beschlossenen Entwurfsplanung ausgebaut.

Entsprechend dem Wunsch des Seniorenbeirates wird die Lichtsignalanlage im Querungsbereich der Ulzburger Straße (südlich Alter Kirchenweg/Rathausallee) zusätzlich mit einem Blindensignal ausgestattet.

Darüber hinaus ist es auf Grund der leistungsfähigen und zukunftsorientierten Straßenausbaumaßnahme möglich und somit auch vorgesehen, die Grünzeiten für Fußgänger zu verlängern.

Weiterhin werden nach Abschluss der Baumaßnahmen die Hochbordabsenkungen dem heutigen Stand der Technik entsprechen und somit viel komfortabler nutzbar sein als bisher. Zum Beispiel wird die Absenkung im Wartebereich Alter Kirchenweg von heute 1,50 m auf zukünftig 5,00 m Breite vergrößert.

Diese Ausgestaltung ist, auch nach Rücksprache mit der Behindertenbeauftragten, Frau Gravenkamp, dann zukünftig für Senioren mit beispielsweise Gehwagen komfortabel nutzbar.

Schlussendlich ist noch darauf hinzuweisen, dass es sicherlich einfacher gewesen wäre, wenn der Seniorenbeirat diese Auskünfte direkt im zuständigen Fachbereich Verkehrsflächen und Entwässerung erfragt oder alternativ einen Beratungstermin mit Einsichtnahme in die Planung wahrgenommen hätte.

TOP M 07/0274

19.4:

**Ausbau des Buschberger Weges zwischen Lütt Wittmoor und Am Hange;
hier: Beantwortung der Anfrage von Herrn Reiner Giese am 05.07.2007**

Herr Bosse gibt für das Amt 60 den folgenden Bericht:

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 05.07.2007 gibt Herr Reiner Giese zum Ausbau des Buschberger Weges ein Schreiben zu Protokoll und bittet den Ausschuss um die Beantwortung folgender Fragen:

Wir möchten wissen, warum die Eigentümerinnen des westlichen Teils des Buschberger Weges an den Kosten des Restausbaues des öffentlichen Teils beteiligt werden sollen, obwohl es sich:

1. um einen Restausbau handelt,
2. der Straßencharakter des westlichen Teils sich deutlich von dem bisherigen und insbesondere von dem geplanten Charakter des östlichen Teils unterscheidet,
3. die Mehrheit der Anlieger diese Baumaßnahme nicht befürwortet und
4. diese Maßnahme nicht sinnvoll erscheint, da eine Regenwasserentwässerung erst vor etwa 2 Jahren erneuert wurde und auch keine Sicherheitsgefährdungen in diesem Abschnitt zu erkennen sind.

Die hauptamtliche Verwaltung hat Herrn Reiner Giese diese Fragen schriftlich wunschgemäß beantwortet und gibt das Antwortschreiben in der Anlage zu Protokoll.

TOP M 07/0333**19.5:****Berichte und Anfragen**

Herr Bosse gibt für das Amt 60 den folgenden Bericht:

In der Sitzung des Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 07.06.2007 wurden in der Einwohnerfragestunde unter TOP 3.1 und 3.2 Fragen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 244 Norderstedt „Wohnbebauung Scharpenmoorpark“, Gebiet: Südlich Friedrich-Hebbel-Straße, westlich Gottfried-Keller-Straße, Scharpenmoor, gestellt. Die Fragen wurden später bei der Behandlung des entsprechenden Tagesordnungspunktes bereits unter Anwesenheit der Fragesteller erörtert und weitgehend beantwortet. Ungeachtet dessen hat die Verwaltung noch schriftlich dazu Stellung genommen. Die entsprechenden Antwortschreiben sind dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Im Übrigen wird auf den zur gleichen Sitzung vorliegenden Tagesordnungspunkt zum Satzungsbeschluss des B-Planes 244 verwiesen.

TOP M 07/0347**19.6:****Beantwortung einer Anfrage von Frau Hahn zur Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen in Norderstedt aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 19.04.2007**

Herr Bosse gibt für das Amt 60 den folgenden Bericht:

Frau Hahn stellte folgende Anfrage:

Frau Hahn äußert, dass Norderstedt mit der zeitnahen Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen zurück liegt. Frau Hahn fragt, was „zeitnah“ in diesem Falle bedeutet und wer die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen prüft. Sie bittet die Verwaltung um einen entsprechenden Bericht.

Die Fragen von Frau Hahn werden wie folgt beantwortet:

Zunächst bittet die Verwaltung den langen Zeitraum von der Anfrage bis zur Beantwortung zu entschuldigen. Ursächlich hierfür ist, dass die Verwaltung die Aussage, dass die Stadt Norderstedt mit der Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen zurück liegt zunächst nicht nachvollziehen konnte. Erst nach längerer Textrecherche wurde deutlich, dass Frau Hahn sich auf Ausführungen im Kapitel 3.2 des Textteils des Entwurfs des Landschaftsplans Norderstedt 2020 bezieht. Dort heißt es u. a. :“Bisher gibt es in Norderstedt ca. 345 ha Ausgleichsflächen. Davon wurden 282 ha realisiert, 62 ha sind bisher festgesetzt bzw. planfestgestellt aber noch nicht vollständig umgesetzt. Die bestehenden und geplanten Ausgleichsflächen befinden sich zumeist innerhalb der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft.“

Die Zahlenangaben wurde digital aus der Arbeitskarte Ausgleichsflächen des Teams Natur und Landschaft ermittelt. In dieser Karte sind sowohl Ausgleichsflächen als auch Waldersatzflächen dargestellt, die in der Berechnung zusammengefasst wurden. Bei den noch nicht umgesetzten Ausgleichsflächen und Waldersatzflächen handelt es sich um Flächen, die zum Zeitpunkt der Texterstellung des Landschaftsplanes zum großen Teil zwar gerade beschlossen aber eben noch nicht alle umgesetzt waren (z. B. Kiesausbeute und Wiederverfüllung am Lemsahler Weg, künftig Sukzession, Waldersatz und Ausgleich LDC). Die Karte wird laufend fortgeschrieben.

Zeitnahe Umsetzung bedeutet in den überwiegenden Fällen im Jahr der Planreife oder Genehmigung von Vorhaben.

Die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen werden mit der Unteren Naturschutzbehörde und im Falle des Waldersatzes mit der Unteren Forstbehörde abgestimmt und von diesen später geprüft.

TOP M 07/0345

19.7:

Straßenreinigung

hier: Winterdienst auf Radwegen, Stellungnahme der Rechtsabteilung zur Mitteilungsvorlage M 07/0127

Herr Bosse gibt für das Amt 70 den folgenden Bericht:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr hat in seiner Sitzung am 07.06.2007 die Mitteilungsvorlage M07/0127 zum Winterdienst auf Radwegen beraten und hierzu um Stellungnahme der Rechtsabteilung gebeten. Diese liegt nunmehr vor und wird als Anlage beigefügt.

Das Betriebsamt beabsichtigt, die Vorlage B07/0048 mit der 8. Nachtragssatzung zur Straßenreinigungssatzung in der Sitzung am 04.10.2007 dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr erneut vorzulegen.

TOP

19.8:

Anfrage von Herrn Behr zu Tempo-30-Zone

Herr Behr fragt zu den Straßen Aurikelstieg, Langer Kamp Lütjenmoor an, ob es Planung zur Einrichtung einer flächenhaften Tempo 30 Zone in diesem gebiet gibt.

Wenn es eine solche Planung gibt, möchte er wissen, wann die Umsetzung erfolgt, wenn es eine solche Planung nicht gibt, möchte er wissen, warum diese nicht geplant wird.

TOP

19.9:

Anfrage von Frau Plaschnick zu den Haushaltsansätzen zum Grünflächenerwerb

Frau Plaschnick bittet um eine Aufstellung aller Haushaltsansätze zum Grünflächenunterhaltung in Norderstedt und zwar aufgeteilt jeweils in die Gesamtsumme und wie viel für den Stadtpark angesetzt waren

TOP

19.10:

Erinnerung an Anfragen durch Herrn Engel

Herr Engel erinnert an die Beantwortung seiner Anfragen zum Sägeverhalten der Bürger nach der Abschaffung der Baumschutzsatzung und seine Anfrage zur Mithilfe bei Verstößen gegen die Fluglärmrichtlinien

TOP**19.11:****Anfrage von Frau Hahn zu aus dem Investitionsprogramm herausgenommenen Maßnahmen**

Frau Hahn erwartet bis zur Sitzung der Stadtvertretung zum Haushaltsentwurf eine Aufstellung, welche Maßnahmen aus dem Investitionsprogramm durch das neue Investitionsprogramm herausgenommen wurden.